

Dienstleistungsaus... - 322906-2011

14/10/2011 S198 Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag - Auftragsbekanntmachung - Offenes Verfahren

I.II.III.IV.VI.

D-Potsdam: Personensonderbeförderung (Straße)

2011/S 198-322906

Auftragsbekanntmachung**Dienstleistungen****Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber****I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Stadtverwaltung Potsdam Fachbereich Bildung und Sport

Hegelallee 6-10

Zu Händen von: Christin Walther

14467 Potsdam

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 3312891867

E-Mail: Christin.Walther@Rathaus.Potsdam.de

Fax: +49 331289841867

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers www.potsdam.de

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken: Stadtverwaltung Potsdam - Druckerreiservice

Hegelallee 6-10, Haus 1

Kontaktstelle(n): Stadtverwaltung Potsdam - Druckereiservice

Zu Händen von: Herrn Oppermann

14467 Potsdam

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 3312891148

E-Mail: Horst.Oppermann@Rathaus.Potsdam.de

Fax: +49 3312892986

Internet-Adresse: www.Potsdam.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an: Stadtverwaltung Potsdam - Submissionsstelle

Hegelallee 6-10, Haus 1

Kontaktstelle(n): Stadtverwaltung Potsdam - Submissionsstelle

Zu Händen von: Frau Liebke

14467 Potsdam

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 3312892457

E-Mail: Christine.Liebke@Rathaus.Potsdam.de

Internet-Adresse: www.Potsdam.de

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand**II.1) Beschreibung****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Shuttlevverkehr für Schülerinnen und Schüler von der Grundschule "Am Priesterweg" zum Schilfhof 23-25 in Potsdam.

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr 27: Sonstige Dienstleistungen

Hauptort der Dienstleistung: Potsdam.

NUTS-Code DE423

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Shuttlevverkehr für Schülerinnen und Schüler von der Grundschule "Am Priesterweg" (Slatan-Dodow-Straße Ecke Wolfgang-Staudte-Straße, 14480 Potsdam) zum Schulstandort Schilfhof 23-25 in 14478 Potsdam und zurück.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

60130000

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

- II.1.8) **Lose**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang**
Shuttleverkehr für Schülerinnen und Schüler von der Grundschule "Am Priesterweg" zum Schulstandort Schilfhof 23-25 in Potsdam und zurückZeitraum: 6.2.2012-19.6.2013; Beförderung von ca. 300 Schülern. Es soll ein Shuttlebus mit gestaffelten Abfahrtszeiten eingerichtet werden.Abfahrt morgens: ab 7:25 Uhr soll der 1. Bus bereitstehen; 7:45 Uhr Abfahrt des letzten BussesAbfahrt nachmittags: 12:50 Uhr; 13:40 Uhr; 14:40 Uhr; 15:25 Uhr. Vom Unternehmen muss jeweils pro Bus eine Begleitperson gestellt werden und jedem Schüler muss ein Sitzplatz zur Verfügung stehen. Vom Unternehmen wird eine bestimmte Flexibilität gefordert, da die Schüleranzahl bzw. die Beförderungszeiten (insbesondere zu den Schulhalbjahren) variieren können.
- II.2.2) **Angaben zu Optionen**
Optionen: nein
- II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**
Beginn 6.2.2012. Abschluss 19.6.2013

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) **Geforderte Kauttionen und Sicherheiten**
- III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften**
- III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird**
- III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen**
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: — Kopie eines aktuellen Handels- bzw. Vereinsregisterauszuges,
— Auszug aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 der Gewerbeordnung (Kopie). Der Auszug darf nicht älter als 3 Monate sein. Bei ausländischen Bietern ein gleichwertiger Nachweis.
- III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: — Erklärung über den Umsatz auf die ausgeschriebene Leistung bezogen für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre,
— Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 6 Abs. 5 VOL/A vorliegt.
- III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
— Liste der erbrachten Leistungen mit Angabe der Leistungszeit für öffentliche Auftraggeber in den letzten 3 Jahren,
— Referenzen der wesentlichen erbrachten Leistungen in Bezug auf die hier ausgeschriebene Leistung,
— Information zur technischen Ausstattung der Fahrzeuge, die zum Einsatz kommen sollen (Aufüstungsgaller zur Schülerbeförderung einzusetzenden Fahrzeuge mit Anzahl der Sitzplätze, Aufüstungüber die Ausstattung der einzelnen Fahrzeuge[Klimaanlage, Fahrzeugalter, Feinstaubplakette]),
— Einhaltung aller rechtlich geforderten Mindestanforderungen bei der Beförderung von Schülerinnen und Schüler (Nachweis über die Zulassung für die Schülerbeförderung [Kopie Zulassung aller einzusetzender Fahrzeuge], Nachweis über Versicherung der Fahrzeuge *, Nachweis einer Haftpflichtversicherung des Betriebes *).
* Der Nachweis darf nicht älter als 3 Monate sein.
- III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein
- III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: nein

Abschnitt IV: Verfahren

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) **Verfahrensart**
Offen
- IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**
- IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) **Zuschlagskriterien**
das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien
1. Einhaltung aller rechtlich geforderten Mindestanforderungen bei der Beförderung von Schülerinnen und Schüler in Deutschland (Nachweise über die Zulassung und Versicherung der Fahrzeuge sowie Haftpflichtversicherung des Betriebes). Gewichtung 40

2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (Umsatzerklärung, Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 6 Abs. 5 VOL/A vorliegt). Gewichtung 20
3. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (Umsatzerklärung, Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 6 Abs. 5 VOL/A vorliegt). Gewichtung 20
4. Ausstattung und Auflistung der Fahrzeuge (Aufstellung aller zur Beförderung einzusetzenden Fahrzeuge mit Anzahl Sitzplätze, Ausstattung der Fahrzeuge [Klimaanlage, Fahrzeugalter, Grüne Feinstaubplakette]). Gewichtung 20

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) Verwaltungsangaben**IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

OV-2-213/32/11

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags

nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 28.11.2011 - 12:00

Kostenpflichtige Unterlagen: ja

Preis: 20,00 EUR

Zahlungsbedingungen und -weise: Überweisung an die Landeshauptstadt Potsdam, Konto-Nummer: 350 222 15 36, BLZ: 160 50000, MBS Potsdam, Verwendungszweck: 46 999 984.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

30.11.2011 - 13:00

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Deutsch.

IV.3.7) Bindefrist des Angebots

bis: 31.1.2012

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 30.11.2011 - 13:00

Ort

Stadtverwaltung Potsdam - Submissionsstelle.

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: nein

Abschnitt VI: Weitere Angaben**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben

Unter <http://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPCenter/> finden Sie weitere Informationen zum Verfahren.

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: nein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 3318661617

Fax: +49 3318661652

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Ein Vergabennachprüfungsantrag wegen einer Mitteilung des Auftraggebers einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, ist nach § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung beim Bieter/Bewerber zulässig.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

5.10.2011